

675/J XXIV. GP

Eingelangt am 21.01.2009

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Glawischnig-Piesczek, Brunner, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Wirtschaft & Arbeit

betreffend Versagen und Orientierungslosigkeit der Bundesregierung in der Energiepolitik

14 Tage lang waren die Gaslieferungen aus Russland über die Ukraine unterbrochen. Am 20. Jänner zu Mittag bestätigte die Slowakei, dass erstmals wieder russisches Gas in der EU ankam. Stunden zuvor hatten Moskau und Kiew den Gasstreit mit der Unterzeichnung eines neuen Vertrags beigelegt.

Zwei Wochen lang wurde Europa in dramatischer und für viele Menschen schmerzlicher Weise die große Unsicherheit und Verwundbarkeit der europäischen Energieversorgung vor Augen geführt. Die Gaskrise war die schwerste Energiekrise seit den Ölschocks in den Siebziger Jahren. Die Krise kam nicht überraschend. Bereits vor drei Jahren hat der seit langem schwelende Energiekonflikt zwischen Russland und Ukraine zu einer offenen Krise geführt. Damals ist die Krise noch glimpflich verlaufen. Schon damals wurde die Gefahr der großen Abhängigkeit Europas von Gasimporten beschworen und politische Bekenntnisse für Wege aus dieser Abhängigkeit abgegeben.

Aus den Krisen nichts gelernt

Getan wurde wenig. Die europäischen Regierungen haben aus der damaligen Krise nichts gelernt. Auch bei der österreichischen Bundesregierung hat kein Umdenken stattgefunden. Einzige konkrete Maßnahme war die Vergrößerung der Gasspeicher. Ansonsten wurde energiepolitisch weitergewurstelt, als hätte es nie eine Krise gegeben.

SPÖ und ÖVP haben in der Energiepolitik versagt.

Die Reaktion der Bundesregierung auf die Gaskrise ist von Orientierungslosigkeit geprägt. Ein akkordierter Gesamtplan zur Reduktion der gefährlichen Importabhängigkeit ist nicht in Sicht. Je nachdem, welcher Lobby einzelne Regierungsmitglieder nahe stehen, werden unterschiedliche, sich widersprechende Antworten auf die Krise gegeben. Der Wirtschafts- und Energieminister will neue Gaskraftwerke, Pipelines und Großwasserkraftwerke bauen, der Umwelt- und Landwirtschaftsminister die erneuerbaren Energien in der Landwirtschaft forcieren

und Österreich „energieautark“ machen. Der Bundeskanzler will einen „Masterplan Energie“ und meint damit vor allem den Ausbau der Großwasserkraft und Verfahrensbeschleunigungen. Von Effizienz spricht kaum jemand.

Statt konsequent auf den Ausbau erneuerbarer Energieträger zu setzen und alles zu tun, um die steigenden Energieverbräuche in den Griff zu bekommen setzt die Bundesregierung vor allem auf eine Vergrößerung der Abhängigkeit von unsicheren und teuren fossilen Energieimporten aus geopolitischen Krisenregionen.

Regierung will Gas- und Atomstromimporte statt Ökostrom und Effizienz

Das aktuelle Regierungsprogramm sieht neue Strom- und Gasleitungen und Ölpipelines vor. Die Energiewirtschaft diskutiert den Bau von bis zu elf neuen Gaskraftwerken, die den österreichischen Gasverbrauch allein um bis zu 75% steigen lassen würden. Gleichzeitig fehlen der Bundesregierung konkrete Ziele und Maßnahmen zum Ausbau erneuerbarer Energieträger und zur Eindämmung des steigenden Stromverbrauchswachstums. In den vergangenen Jahren wurde ein gut funktionierendes Ökostromgesetz zerschlagen und tatenlos zugesehen, wie die Atomstromimporte nach Österreich ansteigen.

Nicht nur in Österreich, in ganz Europa steigt der Bedarf an Erdgas dramatisch. Gleichzeitig sinkt die Eigenförderung. Europa wird in Zukunft noch viel stärker abhängig von russischem Gas werden. Das zeigt eine aktuelle Studie von A.T. Kearney. Bis zum Jahr 2020 wird der Gasverbrauch der 27 EU-Staaten von derzeit 505 auf 630 Milliarden Kubikmeter jährlich wachsen. 515 Milliarden davon müssen importiert werden - knapp 70 Prozent mehr als heute. Auch wenn durch den Neu- und Ausbau der Pipelineprojekte zusätzliche Kapazitäten entstehen, so könnten diese den steigenden Bedarf nur teilweise decken. Die von Bundesregierung und OMV gepriesene, milliardenteure Nabucco-Pipeline könnte die Abhängigkeit von Russland gerade einmal um fünf Prozent reduzieren

Regierung im energiepolitischen Blindflug

Der Energieminister und die Bundesregierung haben die Tragweite der Gaskrise nicht begriffen. Sie haben nicht begriffen, dass Russland auch künftig die Möglichkeit und Stärke hat, im energiepolitischen Machtpoker die Ukraine und Europa mit dem Gashahn zu erpressen. Sie haben nicht begriffen, dass es nur einen Ausweg aus dieser gefährlichen Lage gibt und dass dazu umgehend radikale Maßnahmen ergriffen werden müssen. Österreich und Europa müssen raus aus der Abhängigkeit von fossilen Energieimporten. Nur ein konsequenter Ausbau von Ökoenergien und das Ausschöpfen der riesigen Energiesparpotentiale kann künftige Krisen verhindern. Neue Gaskraftwerke und Pipelines sind der falsche Weg. Der Weg in die Energieunabhängigkeit ist notwendig und möglich.

Dass der Energieminister nicht fähig oder Willens ist, diesen mutigen Weg zu gehen, zeigt u.a. seine Reaktion auf die Grüne Forderung nach einem Energiegipfel. Ein Energiegipfel hätte ja bereits stattgefunden, verwies Mitterlehner am 10.2.2009 auf den "Energieenkungsbeirat", der am 7.1.2009 tagte.

Was wurde bei Mitterlehners angeblichem Energiegipfel besprochen, was beschlossen? Die Industrie solle auf freiwilliger Basis gemeinsam mit den Lieferanten etwaige Verbrauchsspitzen optimieren. Über die dringende Neuausrichtung der österreichischen Energiepolitik wurde, soweit bekannt, nicht gesprochen. Dazu ist Energielenkungsbeirat auch gar nicht befugt.

Zahnlose und fehlende Energiepolitische Pläne

„Um ehrlich zu sein, seit der Volksabstimmung über Zwentendorf (im Jahre 1978) und seit Hainburg (Stopp des Baus des Donaukraftwerks im Jahre 1984) haben wir gar keine Energiepolitik mehr“ (Hannes Androsch, Wirtschaftsberater des Bundeskanzlers, APA, 14. 1. 2009).

Die Bundesregierung ist energiepolitisch tatsächlich im Blindflug unterwegs. Der jüngste Energiebericht der Regierung datiert aus dem Jahr 2003. Eine energiepolitische Gesamtstrategie gibt es schon lange nicht mehr.

Ein Blick über die Grenzen zeigt, dass andere Länder strategische Arbeiten für die Energieversorgung geleistet haben und über gut fundamentierte Strategien verfügen.

In Deutschland hat etwa die schwarz-rote Bundesregierung nach einem einjährigen Prozess ein Integriertes Energie- und Klimaprogramm vorgelegt. Drei Arbeitsgruppen legten Szenarien als Grundlage für eine Gesamtenergiekonzept vor, drei hochrangig besetzte Energiegipfel begleiteten den Prozess auf politischer Ebene.

Große Worte, keine Taten, Kopflosigkeit in der ÖVP

„Der aktuelle Gasstreit führt erneut vor Augen, dass Österreich energieautark werden muss.“ (Umweltminister Berlakovich, APA, 9.1.2009)

BM Berlakovich hat sich in den vergangenen Tagen mehrfach für den forcierten Ausbau erneuerbarer Energiequellen ausgesprochen, er sieht alternative Energieformen als "klares Ziel", das forciert werden müsse. Die Zukunft liege in der erneuerbaren Energie wie Wasserkraft, Windenergie oder Biomasse. Diese würden auch den Arbeitsmarkt beleben, sagte Berlakovich und spricht von "Green Jobs".

Für Wirtschaftsminister Mitterlehner ist das von Parteikollege Berlakovich formulierte Ziel eines energieautarken Österreich *„sehr ambitioniert“* (APA, 11.1.2009), sprich nicht umsetzbar.

Bundeskanzler und Vizekanzler haben am 13.1.2009 Umweltminister und Wirtschaftsminister beauftragt, gemeinsam einen Energie-Masterplan zu erarbeiten.

Was dieser Energie-Masterplan genau sein soll, darüber gibt es offensichtlich nicht nur Auffassungsunterschiede zwischen den beiden Fachministern. Denn BK Faymann spricht am 13. Jänner von einem „Masterplan zur erneuerbaren Energie“, der ein Beschleunigen von Wasserkraftprojekten sowie Verfahrensverkürzungen umfassen soll. VK Pröll kündigt hingegen am 14.1. einen „Energie-Masterplan“ an, der besonders auf die erneuerbare Energie Wert legen, wie auch die Wasserkraft offensiv vorantreiben und neue Märkte für Gaslieferungen erschließen soll.

Im aktuellen SPÖ-ÖVP Regierungsprogramm ist wahlweise die Rede von einer „energie- und klimapolitischen Gesamtstrategie für Österreich“ und einem „Klima- und Energiemasterplan bis 2020“

Die aktuellen Ankündigungen von BK Faymann und BM Pröll zeigen, dass SPÖ und ÖVP keine Klarheit über den zukünftigen Weg in der Energiepolitik haben, hinter den Versprechungen aus dem Regierungsprogramm zurückbleiben. Sie wollen weiterhin hauptsächlich auf Wasserkraft und Erdgas setzen, weder Energieeffizienz noch die neuen Ökoenergien Wind, Biomasse und Solarenergie sollen eine wichtige Rolle spielen.

Wie sicher ist Österreichs Gasversorgung im Krisenfall wirklich?

Auch das Verwalten der aktuellen Gaskrise lässt einige Fragen offen. Seit Beginn des Lieferstopps hat die Regierung beschwichtigt und beruhigt, es sei alles im Griff, die Gasversorgung sichergestellt. Der zuständige Energieminister hat sich an der Information der Bevölkerung kaum beteiligt und das Feld weitgehend der OMV und der Energiemarkt-Regulierungsbehörde E-Control überlassen. Die Informationspolitik offenbart Widersprüche und Unklarheiten, wie einige Zitate deutlich machen:

„Die E-Control legte das Ergebnis einer Hochrechnung vor, wonach die Stromversorger und Industriebetriebe im äußersten Fall nur für drei Tage Gas zur Verfügung haben.“
(Die Presse, 7. 1. 2009)

„Kommt mehrere Wochen kein Gas aus Russland, wird es auch für die Haushalte eng.“ (Walter Boltz, E-Control, Kurier 7.1. 2009)

„Damit sollten wir in den nächsten 14 Tagen bestehen können, vielleicht sogar länger.“
(Wirtschaftsminister Mitterlehner, Der Standard, 8. 1. 2009)

" Wir können, was Gas anbelangt, momentan nichts liefern, weil wir selbst eigentlich an der Engpassstelle angelangt sind und beispielsweise heute zwei Millionen Kubikmeter pro Stunde brauchen." (Wirtschaftsminister Mitterlehner, Salzburger Nachrichten 13.1.2009, auf die Frage zu möglichen österreichischen Gas-Hilfslieferungen an die Slowakei im Zusammenhang mit der geplanten Wiederinbetriebnahme des AKW Bohunice.)

„Die Vorräte sind nicht substantiell weniger geworden. Die Versorgung Österreichs ist auf drei Monate, gerechnet ab Beginn des Lieferstopps, gesichert.“ (Ein OMV-Sprecher, Der Standard, 16.1.2009)

Es besteht jedenfalls Erklärungsbedarf, wie lange die österreichischen Gasvorräte für die Industrie und die Energieerzeuger einerseits und die Haushalte andererseits bei einer anhaltenden Gaskrise tatsächlich gereicht hätten.

Fehlende Solidarität

Viele Länder Mittel- und Osteuropas hat die Gaskrise viel dramatischer getroffen als Österreich: Die Gaslieferungen an Betriebe wurden eingeschränkt, Menschen saßen zwei Wochen lang in kalten Wohnungen, es kam sogar zu Todesfällen aufgrund von Erfrierungen. In der Slowakei und in Bulgarien wurden Pläne, bereits geschlossene alte Atomreaktoren wieder in Betrieb zu nehmen, mit der Gasknappheit zur

Stromerzeugung begründet. Zahlreiche Länder sind mit Gashilfslieferungen eingesprungen: Deutschland und Ungarn lieferten an Serbien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina, auch an die Slowakei. Selbst Serbien half Bosnien mit Lieferungen aus.

Und Österreich? Das Land in Europa mit den angeblich europaweit größten Speicherkapazitäten? Gab es eine prinzipielle Bereitschaft, Ländern wie der Slowakei zu helfen, einmal angesehen davon ob es in der Slowakei tatsächlich einen Energienotstand gab oder die Gaskrise nur zum Vorwand genommen wurde, um die angekündigte Wiederinbetriebnahme des stillgelegten AKW in Bohunice zu rechtfertigen?

„Das mag sein, dass die Slowakei Probleme hat. Jeder Staat ist selbst verantwortlich für seine Energieversorgung. Natürlich ist es eine schwierige Situation, ist ja in Österreich auch nicht einfach. Aber Österreich hat vorgesorgt und auch die Slowakei muss schauen, wie sie ihre Energie bekommt.“(Umweltminister Berlakovich am 12.1.2009 in der ZIB 2)

Solidarität sieht anders aus.

Laut deutschen Medienberichten musste Ungarn in der Nacht von 11. auf 12. Jänner seine Gashilfslieferungen nach Serbien und Bosnien-Herzegowina unterbrechen, weil die aus Deutschland über Österreich erwarteten Hilfslieferungen nicht vollständig angekommen waren. Laut dem ungarischen Versorger FGSZ sank die Zufuhr aus Österreich seit dem frühen Morgen des 12. Jänner mehrmals auf Null. Über Österreich hätte in Ungarn die Tagesration von 2,7 Millionen Kubikmeter Gas für Serbien ankommen sollen und für Bosnien 1,5 Millionen Kubikmeter. Der österreichische Versorger OMV habe aber nicht bestätigt, dass diese Menge heute geliefert werde. (Quelle: tagesschau.de, 12.1.2009)

Auch diese Vorgänge sind aufklärungsbedürftig.

Österreich brüstet sich zwar gerne als Vorkämpfer für die Balkanländer, in der Gaskrise wurde den Ländern von der Bundesregierung aber die kalte Schulter gezeigt.

Aufklärungsbedürftige Gaslieferverträge

„Dass Russland die gültigen Lieferverträge mit Österreich nicht einhält, kommentierten sowohl Minister Mitterlehner als auch OMV-Chef Ruttenstorfer heute sehr zurückhaltend. Man werde sich die Lage in Ruhe anschauen, meinte der OMV-Chef auf die Frage, ob nun Klagen geprüft werden. Auch Mitterlehner möchte nun vor allem die Entspannungs- und Vermittlungsbemühungen zwischen Russland und der Ukraine in den Vordergrund rücken“ (APA, 7.1.2009)

Aufklärungsbedarf gibt es auch bei den Erdgasbezugsverträge Österreichs mit Gazprom. Gazprom stellt die vertraglich vereinbarten Lieferungen für 14 Tage ein und die Bundesregierung geht in Deckung und unterbindet jede Diskussion über diese Verträge und allfällige Haftung für die Lieferausfälle. Auch für die OMV ist die Nichteinhaltung der Verträge kein Thema. Dabei hat sich Österreich über die

Verträge der OMV-Tochter EconGas mit Gazprom bis zum Jahr 2027 vertraglich an Gaslieferungen aus Russland gebunden. Verträge die offensichtlich keine Versorgungssicherheit garantieren.

Die OMV möchte jedoch ihre Zusammenarbeit mit Gazprom vertiefen und damit den Einstieg von Gazprom in die Gasinfrastruktur Österreichs ermöglichen: So gibt es ein Abkommen, dass sich Gazprom zu 50 Prozent an der Handelsplattform der OMV (Central European Gas Hub) beteiligt. Umfasst von diesem Abkommen ist auch der Bau neuer Speicher. Jüngst sprach sich BM Mitterlehner auch für eine Beteiligung Russlands am Wunsch-Gasleitungsprojekt der Regierung, der Nabucco-Pipeline aus (APA, 18.1.2009).

Angesichts der Plan- und Kopflosigkeit von ÖVP und SPÖ bei der Energiepolitik besteht die Gefahr, dass die Bundesregierung nach dem Ende der Krisenverwaltung wieder in ihren energiepolitischen Verharrungszustand zurückfällt und abermals keine Konsequenzen aus der Krise gezogen werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Teilen Sie die Ansicht von Umweltminister Berlakovich, dass Österreich energieautark, also unabhängig von Energieimporten werden muss?
2. Aus wann datiert das jüngste Gesamtenergiekonzept für Österreich?
3. Wann werden Sie den nächsten umfassenden Energiebericht vorlegen?
4. Bis wann werden Sie und BM Berlakovich den „Masterplan Energie“, mit dem Sie vom Ministerrat am 13. Jänner 2009 beauftragt wurden, vorlegen, welche konkreten Ziele wollen Sie in diesem Plan verankern und wird es sich dabei um einen langfristigen Energieplan handeln, bei dem vor allem neue erneuerbare Energien und Energieeffizienz im Mittelpunkt stehen werden, um die Abhängigkeit von fossilen Energieimporten deutlich zu reduzieren?

Studien belegen, dass Österreich in der Stromversorgung bis zum Jahr 2020 und in der Wärmeversorgung für Haushalte und Gewerbe bis 2030 gänzlich aus fossilen Energieträgern und Atomstrom aussteigen und den Energiebedarf in diesen Bereichen zu 100% aus erneuerbaren Energien decken kann.

5. Werden Sie diese Ziele als Grundlage für den Masterplan Energie heranziehen?

Die ÖVP-Wien hat am 19.1.2009 einen Energiestrategieplan gefordert, mit dem u.a. bis 2015 Energieeinsparungen von 25% realisiert werden sollen.

6. Wie beurteilen Sie dieses Ziel und werden Sie dieses als Grundlage für den Energiemasterplan auf Bundesebene heranziehen?

7. Werden Sie im Zuge der Erarbeitung des Masterplans einen Energiegipfel einberufen und wer soll daran teilnehmen?
8. Welche Mehrkosten sind während des Gaslieferstopps durch das Lastmanagement für den Erdgasverbrauch zwischen Industriebetrieben und Stromerzeugern und die Umstellung von Gaskraftwerken auf Öl entstanden, wer trägt diese Kosten und werden diese Belastungen an die KonsumentInnen weitergegeben?
9. Warum hat sich die aktuelle Bundesregierung von dem Ziel ihrer Vorgängerregierung, den Anteil erneuerbarer Energie in Österreich bis 2020 auf 45 Prozent zu heben, verabschiedet?

Österreich hat EU-weit bezogen auf seinen Gasverbrauch die größte Speicherkapazität.

10. Haben Sie während des Lieferausfalls mittel- und osteuropäischen Staaten Erdgas-Hilfslieferungen angeboten (direkte oder virtuelle Lieferungen), wie sie von anderen vom Lieferengpass betroffenen Ländern - teilweise sogar durch österreichische Leitungen - geleistet wurden?
11. Hat es konkrete Hilfsansuchen an Österreich aus der Slowakei oder anderen europäischen Ländern für Strom- oder Gaslieferungen gegeben, wie sind Sie mit diesen Anfragen verfahren und warum habe Sie Lieferungen an die Slowakei verweigert?
12. Aus welchem Grund sind in der Nacht von 11. auf 12. Jänner für Serbien und Bosnien bestimmten Gaslieferungen, die über Österreich nach Ungarn fließen hätten sollen, nach Angaben des ungarischen Energieversorgers FGSZ nicht in Ungarn angekommen?
13. Wie abhängig ist Österreich von Energieimporten? Das heißt, wie viel Öl, Gas und Strom hat Österreich in den Jahren 2006, 2007 und 2008 importiert und wie hoch waren jeweils die gesamten Kosten dieser Energieimporte?
14. Welche zusätzlichen Gasverbraucher, insbesondere welche Gaskraftwerke, sind in der langfristige Planung der österreichischen Gaswirtschaft (AGGM) bis 2020 vorgesehen? Um wie viel werden der österreichische Gasverbrauch und die Gasimporte nach Österreich bei Umsetzung dieser Pläne bis 2020 ansteigen?
15. Wie viel an inländischer Wertschöpfung und Arbeitsplätzen würden durch die in der Langfristplanung der Gaswirtschaft berücksichtigten Gaskraftwerke und Gasleitungen entstehen?
16. Wie viel an inländischer Wertschöpfung und Arbeitsplätzen könnten bis 2020 in Österreich geschaffen werden, wenn die für die in der Langfristplanung der Gaswirtschaft enthaltenen Gaskraftwerks- und Gasleitungsprojekte notwendigen Milliarden-Investitionen in die Hebung der Energieeffizienz und den Ausbau erneuerbarer Energien fließen würden?

17. Warum wurde die Energieeffizienz-Richtlinie 2006/32/EG noch nicht umgesetzt? Bis wann wird diese Richtlinie vollständig umgesetzt sein und welche konkreten Schritte werden sie dazu setzen?
18. Für wie viele Ökostromanlagen mit welcher Leistung wurden in den Jahren 2003 bis 2008 Förderverträge lt. Ökostromgesetz abgeschlossen (bitte aufgeschlüsselt nach Gesamtzahl und Gesamtleistung pro Jahr)? Wie viel vom ohnehin viel zu geringen Unterstützungsvolumen von 17 Mio. Euro pro Jahr wurde in den Jahren 2007 und 2008 nicht ausgeschöpft und wie erklären Sie sich eine allfällige Nicht-Ausschöpfung?
19. Bis wann werden sie ein neues Ökostromgesetz vorlegen?

Sie haben am 13.1.2009 im Hinblick auf die Gaskrise davon gesprochen, dass Österreich selbst an einem Engpass angekommen sei.

20. Wie hat sich die Bilanz der Gasversorgung am Tag dieses Engpasses zusammengesetzt, d.h. wie viel des Verbrauchs wurden aus Inlandsförderung, aus Speichern und aus Importen aus welchen Staaten gedeckt und wie viel wurde exportiert und wohin?
21. Wie hoch war die Reichweite der Gasversorgung für Österreich am ersten Tag und am letzten Tag des Gaslieferstopps unter der Annahme eines anhaltenden Lieferstopps aus Russland (bitte um Aufschlüsselung für die Sektoren Haushalte, Industrie und Energieerzeugung und die Annahmen, die den Schätzungen zugrunde liegen)?
22. Welche vertraglichen Beziehungen bestehen für die Lieferung von russischem Erdgas über die Ukraine an die OMV-Tochter EconGas zwischen welchen Vertragspartnern?
23. Welche Vorkehrungen sind in diesen Verträgen für den Fall von Lieferausfällen getroffen? Wer haftet dafür bzw. kann dafür haftbar gemacht werden?
24. Befürworten Sie, dass die Lieferausfälle eingeklagt werden? Wenn nein, warum nicht?
25. Befürworten Sie die stärkere Beteiligung von Gazprom an der Gasversorgungsinfrastruktur in und nach Österreich, wie das beim Ausbau österreichischer Gasspeicher oder dem Nabcco-Pipeline-Projekt diskutiert wird?

In formeller Hinsicht wird die dringliche Behandlung gemäß § 93 Abs. 2 GOG verlangt.